

Die Rolle der Sprache in der Politik

In den letzten Jahren hat die Sprache der Politik in der Bundesrepublik Deutschland die erhöhte Aufmerksamkeit der Sozialwissenschaften und der Politik auf sich gezogen. Politikwissenschaftler wie Karl Dietrich Bracher und Kurt Sontheimer, Soziologen wie Thomas Luckmann und Helmut Schelsky, Politiker wie Kurt Biedenkopf, Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß und vor allem Gelehrte, die hohe politische Ämter innehaben oder innehatten wie Hermann Lübke und Hans Maier, wiesen immer wieder darauf hin, daß die Sprache der Politik mit Sorgfalt beobachtet und ihre Prägung nicht dem politischen Gegner oder gar den Feinden der parlamentarischen Demokratie überlassen werde dürfe. Verlangt wird ein stärkeres Engagement, sich bewußt und aktiv an der Entwicklung des politischen Deutsch zu beteiligen.

Zwar gab es auch in den sechziger Jahren Autoren, die die Sprache der damaligen Politik kritisch aufspießten. Theodor W. Adorno untersuchte die sprachlichen Gepflogenheiten auf Festveranstaltungen und prägte dafür die ätzende Formel vom „Jargon der Eigentlichkeit“ (Frankfurt 1964). Hugo Moser beschäftigte sich in einer Reihe von Studien mit den sprachlichen Folgen der Teilung Deutschlands¹. Diese und andere Arbeiten behandelten nur einzelne Aspekte der politischen Sprache, nicht jedoch die zentrale Frage, wie sich in einer konkreten Situation Sprache auf Politik und Politik auf Sprache auswirkt.

Es ist keineswegs eine neue Erkenntnis, daß die Sprache für die Politik Bedeutung hat. Bereits in der griechischen und römischen Klassik wurde der Entwicklung sprachlicher Formeln für politische Ideen soviel Aufmerksamkeit zugewandt, daß für die Mehrzahl der wichtigsten Schlüsselwörter der Politik noch im 20. Jahrhundert griechische und römische Begriffe Pate standen oder die alten Bezeichnungen als Fremdwörter erhalten blieben. Das gilt für unsere Bezeichnungen für Staatsformen wie Monarchie, Demokratie, Aristokratie, Oligarchie und Diktatur ebenso wie für die leitenden Begriffe der Politik Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Republik, Bürger. Selbst bei modernen Erscheinungen der Politik wie Sozialismus, Kommunismus, Liberalismus, Konservatismus, Faschismus und Totalitarismus ist der sprachliche Rückgriff auf die lateinische Nomenklatur Beweis dafür, wie das politische Denken des Altertums und seine sprachliche Ausprägung bis heute unaufgebbares Element auch unserer politischen Sprache ist. Damals war die Erkenntnis selbstverständlich, daß die sprachliche Form der Politik einen bedeutenden Einfluß auf ihren Erfolg hat. Bewußt oder unbewußt

haben alle Mächtigen oder diejenigen, die nach Macht strebten, sich um Einfluß bemüht auf die Sprache, in der über Politik gesprochen wird.

Denken und Sprache

Diese Bemühungen waren die Konsequenz der Überzeugung, daß Sprache, Denken und Handeln in einem unauflöslchen Zusammenhang einander beeinflussen. J. G. Herder und Wilhelm von Humboldt wurden mit der Erneuerung dieser Feststellung zu Vätern der modernen Sprachwissenschaft, die den Ursprung der Sprache auf die Gesellschaftlichkeit des Menschen zurückführt. Weil der Mensch in seinem Überlebenswillen in einer ungastlichen Umwelt bald an die Grenzen seiner physischen Möglichkeiten stößt, entwickelt er mit Hilfe seiner sozial-intellektuellen Fähigkeiten die Sprache als ein System von Laut-Symbolen, das die Weitergabe von Erfahrungen, Erfindungen, Entdeckungen, Gewohnheiten und Werten ermöglicht und so Kultur und damit auch Gesellschaft konstituiert. Der Mensch eignet sich Kultur als eine Gesamtheit von Einstellungs-, Wertungs- und Denkszusammenhängen vor allem mit der Sprache an. Tradierung, Modifikationen und Anpassung der Kultur an die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse geschehen ebenfalls durch Sprache.

Damit wird eine gegenseitige Abhängigkeit von Denken und Sprache begründet, die die amerikanischen Sprachwissenschaftler Edward Sapir und Benjamin L. Whorf² mit der Formel vom *linguistischen Relativitätsprinzip* charakterisiert haben. Danach ist die Sprache nicht nur ein Instrument zum Ausdruck von Gedanken, sondern formt diese Gedanken selbst, ist Schema und Anleitung für die geistige Aktivität des Individuums, für die Analysen seiner Eindrücke und für die Synthese dessen, was ihm an Vorstellungen zur Verfügung steht. Whorf sieht in der Formulierung eines Gedankens keinen unabhängigen Vorgang, der im alten Sinn des Wortes rational ist, sondern eine Beeinflussung von Grammatik und Wortschatz der jeweiligen Sprache. Die These von der unmittelbaren Vorprägung des Denkens durch die Gesetzmäßigkeiten des sprachlichen Systems behauptet, daß Menschen, die Sprachen mit sehr verschiedenen Grammatiken benutzen, durch diese Grammatiken zu typisch verschiedenen Beobachtungen und verschiedenen Bewertungen geführt werden. Sie sind daher als Beobachter einander nicht äquivalent, sondern gelangen zu verschiedenen Wahrnehmungen und schließlich auch verschiedenen Weltanschauungen. Anhand der Analyse sprachlicher Strukturen von amerikanischen Indianersprachen und ihres Vergleichs mit den modernen indogermanischen Sprachen gelangt Whorf z. B. zu der Behauptung, daß die Weltanschauung der modernen Naturwissenschaft aus der höher spezialisierten Anwendung der den indogermanischen Sprachen zugrundeliegenden Grammatiken hervorgehe. Natürlich – so fügt Whorf präzisierend

hinzu – wurden die modernen Naturwissenschaften und das auf ihnen begründete Weltbild von der Grammatik nicht verursacht, sondern nur eingefärbt.

Mit einer Vielzahl von Beispielen aus Indianersprachen stützt Whorf seine These, daß Denken keine Tätigkeit unter den Gesetzen universaler Logik sei, die bei allen vernünftigen Wesen gleich sei und in der Sprache ihren direkten Ausdruck finde. Denken sei in Wirklichkeit eine höchst rätselhafte Angelegenheit, über die wir durch nichts soviel erfahren wie durch das vergleichende Sprachstudium. Es zeige, „daß die Formen des persönlichen Denkens durch unerbittliche Strukturgesetze beherrscht werden, die dem Denkenden nicht bewußt sind. Die Strukturschemata sind die unbemerkten, komplizierten Systematisierungen in seiner eigenen Sprache, die sich recht einfach durch unvoreingenommene Vergleiche und Gegenüberstellungen mit anderen Sprachen, insbesondere solchen einer anderen Sprachfamilie, zeigen lassen. Das Denken selbst geschieht in einer Sprache – in Englisch, in Deutsch, in Sanskrit, in Chinesisch. Und jede Sprache ist ein eigenes riesiges Struktursystem, in dem die Formen und Kategorien kulturell vorbestimmt sind, aufgrund deren der einzelne sich nicht nur mitteilt, sondern auch die Natur aufgliedert, Phänomene und Zusammenhänge bemerkt oder übersieht, sein Nachdenken kanalisiert und das Gehäuse seines Bewußtseins baut“ (52 f.).

Politische Sprache

Sprache ist konstitutionell für Individuum wie für Gesellschaft. Weil Sprache mehr ist als nur ein Instrumentarium zur Vermittlung von Nachrichten, Überzeugungen und Meinungen, weil Denken und Sprache sich gegenseitig beeinflussen, weil Handlungen durch sprachliche Symbole vorbereitet werden, ist die Sprache auch eine kaum zu überschätzende Dimension der Politik. Politik kann nicht darauf verzichten, in der Sprache ihre Ziele und Motive, ihre Befehle und Ratschläge darzulegen. Die Sprache der Politik ist die Sprache der Macht. Ihre Aufgabe – in der Perspektive der Macht – besteht darin, das politische Verhalten der Bürger mit den Verhaltenserwartungen dessen, der aus einer Machtposition heraus spricht oder Macht erwerben will, in Übereinstimmung zu bringen. Die Sprache der Politik ist weit mehr als die Sprache des Parlaments oder der politischen Propaganda. Zur Sprache der Politik gehören alle sprachlichen Äußerungen, in denen über politische Gegenstände gesprochen wird. Man kann fünf wesentliche Felder unterscheiden, in denen uns die Sprache der Politik mit unterschiedlichen Zielen und mit unterschiedlichen Kennzeichnungen begegnet³:

1. Die *Sprache der Gesetzgebung und Rechtsprechung* hat die Aufgabe, die Handlungen der Bürger vorzuprägen, durch Gebote und Verbote für ein an den gesetzlichen Normen ausgerichtetes Verhalten zu sorgen. Für sie ist die Schema-

tisierung kennzeichnend, denn ihre Anweisungen sollen auf alle Bürger anwendbar sein. Individualität wird sprachlich ignoriert, deshalb der kalte Ton der Gesetzestexte.

2. Auch die *Sprache der Verwaltung* kennt keine Emotionen. Ihre Aufgabe ist die Handlungsanweisung, ob in der Form eines Steuerbescheids oder eines militärischen Befehls. Der Adressat der administrativen Handlungsanweisung ist hier Untertan und hat dem Befehl prinzipiell Folge zu leisten.

3. Geschmeidiger in der Formulierung und verbindlicher im Ton präsentiert sich die *Sprache der Verhandlung*. Ihre Aufgabe besteht darin, den Versuch zu machen, Übereinstimmung zwischen Parteien herbeizuführen und zumindest sprachlich die gemeinsame Interessenlage zu akzentuieren. In der Diplomatie und bei Koalitionsverhandlungen wird eine flexible Sprache benutzt, die oft auf Kosten der Präzision geht.

4. Die *Sprache der politischen Erziehung* soll eine normative Struktur errichten. Sie ist emotiv, flexibel und argumentativ. In der politischen Bildung, in Schule und Hochschule wie in dem nachdenklicheren Teil der Massenmedien dient sie dazu, politische Werte und Überzeugungen zu begründen.

5. Die *Sprache der politischen Propaganda*, wie sie in politischen Reden und der Propaganda der Parteien benutzt wird, soll bestehende Wertstrukturen verändern oder verstärken. Sie ist ebenso emotiv und werthaltig wie die Sprache der politischen Erziehung, besitzt jedoch nicht deren Flexibilität und Argumentationsfähigkeit, sondern ist besonders vage, weil der Kreis ihrer Adressaten unabgrenzbar ist.

	Zielbeschreibung	Charakterisierung	Beispiele für Institutionen und Situationen
Gesetzgebung	Handlungsvorbereitung	schematisierend, vage	Verfassung, Gesetz, Urteil
Verwaltung	Handlungsanweisung	schematisierend, präzise	Steuerbescheid, Baugenehmigung, militärischer Befehl
Verhandlung	Herbeiführung von Übereinstimmung	flexibel, vage	Diplomatie, Koalitionsverhandlungen, „gemeinsames“ Kommuniqué
Erziehung	Wertbildung	emotiv, flexibel	polit. Bildung, Schule, Hochschule, Massenmedien
Propaganda	Wertveränderung oder -verstärkung	emotiv, vage	polit. Rede, Parteipropaganda, Massenmedien

Diese fünf verschiedenen Felder der politischen Sprache sind prototypisch zu verstehen, in der Praxis finden sich oft Vermischungen, so z. B. wird es manchmal schwerfallen, einen Fernsehkommentar der Sprache der politischen Erziehung oder der Sprache der Propaganda zuzuordnen.

Generell hat die politische Sprache die Funktion, eine Gleichförmigkeit des Denkens und politischen Verhaltens zu erzeugen, zu stärken oder zu festigen. Diese Gleichförmigkeit, besser Gleichgerichtetheit ermöglicht eine reibungslose Interaktion und Kooperation, das mit ihr stabilisierte Zusammengehörigkeitsgefühl stellt das „Funktionieren“ der Gesellschaft und ihrer Subsysteme sicher – alles in der Perspektive der Machtinhaber, die einen prägenden Einfluß auf den politischen Sprachgebrauch suchen. Die Sprache der Politik kann so als ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle verstanden werden. Sie ist dazu befähigt, weil sie neben den Inhalten der Begriffe auch die gesellschaftliche Bewertung vermittelt. In der sprachlichen Sozialisation lernt man nicht nur die Bedeutungen sprachlicher Symbole, sondern auch deren gesellschaftliche Bewertungen.

Im Lauf der Jahrtausende haben die Mächtigen eine Vielzahl von Methoden gesellschaftlicher Kontrolle durch Sprache entwickelt. Alle Bemühungen, Einfluß auf Struktur, Entwicklung und Sprachgebrauch zu nehmen, können *Sprachpolitik* genannt werden⁴.

1. *Sprachpolitik im engeren Sinn* bezeichnet das Vorschreiben und Ausbreiten einer Sprache in einer politischen Einflußzone. Ihre innenpolitische Variante zielt darauf ab, eine Sprache für das gesamte Herrschaftsgebiet verbindlich zu machen. Dies hat das Zurückdrängen von Minderheitssprachen zur Folge. Gründe und Ziele dieser innenpolitischen Variante können vielfältig sein. Meistens ist dabei der politische Wille, ein das ganze Herrschaftsgebiet umfassendes gemeinsames politisch-kulturelles Bewußtsein zu schaffen, ebenso bestimmend wie der Wunsch, die Verwaltung zu vereinfachen.

Die außenpolitische Variante der Sprachpolitik im engeren Sinn ist der Export der eigenen Sprache in andere Herrschaftsgebiete. Heute ist dies vor allem eine Aufgabe der Auswärtigen Kulturpolitik, die sich Sympathiewerbung und besseres Verständnis des eigenen Staates erhofft.

2. Die Anstrengungen amtlicher oder mit hoher Autorität versehener Institutionen, Einfluß auf den politischen Sprachgebrauch und seine Veränderung zu nehmen, können als *Sprachbeeinflussung* gekennzeichnet werden. Dabei können folgende Methoden unterschieden werden, wobei auch hier die Kategorien fließend sind:

a) *Reform*: Hier handelt es sich in der Regel um eine Reform der Schreibweise, wie sie jüngst z. B. in China durchgesetzt wurde.

b) *Reinigung*: Darunter ist die amtliche Säuberung einer Sprache vor allem von fremden Einflüssen zu verstehen, wie sie beispielsweise im NS-Regime, aber auch schon vorher mit dem Stichwort Deutschtümelei versucht wurde.

c) *Benennung*: Die amtliche Politik benutzt ihre Macht dazu, Institutionen, Orte, Straßen etc. mit Namen zu versehen, die an – nach ihrer Überzeugung wichtige – Personen und Ereignisse erinnern. Die „Miranda“ eines Staates werden so alltäglich und präsent gemacht. Beispiele: Leningrad, Adolf-Hitler-Platz, Konrad-Adenauer-Brücke, Cap Kennedy.

d) *Selbstbenennung*: In ähnlicher Weise etikettiert die Politik ihre eigenen Institutionen und Ideen – oft in propagandistischer und sogar polemischer Weise – und drängt diese Formulierungen in den alltäglichen Sprachgebrauch hinein. Beispiele: Nationale Volksarmee, Deutsches Reich, Gesamtschule, Friedenspolitik.

e) *Sprachlenkung*: Hierunter fallen alle sprachlichen Maßnahmen der Politik, die sie aufgrund ihrer Macht wenigstens im öffentlichen Sprachgebrauch durchsetzen kann. Dies betrifft die amtliche Umdeutung wie die Vermeidung von Begriffen oder deren Verbot. Beispiele: Der Begriff „Intellekt“ wurde im NS-Deutsch diskreditiert und sollte eine subversive, destruktive Eigenschaft kennzeichnen; an seine Stelle trat der positiv bewertete Begriff „Instinkt“. Das Wort „Propaganda“ hat in der politischen Sprache der DDR eine ausschließlich positive Bewertung, weil hiermit alles bezeichnet wird, was dieses Regime lobt. Jede Kritik heißt dort „Hetze“. Das Wort „Mauer“ existiert im amtlichen Sprachgebrauch der DDR nicht; wer es benutzt, deutet damit seine Zweifel an der „friedenssichernden Bedeutung der Staatsgrenze“ an.

Sprachregelung im NS-Regime und in der DDR

Die Geschichte der politischen Sprache in Deutschland während der letzten fünfzig Jahre bietet reichhaltiges Anschauungsmaterial für die Beschlagnahme der Sprache für politische Zwecke. Zweimal haben die Machthaber in diesem Zeitraum ihre Machtmittel eingesetzt, um die politische Sprache ihren politischen Zwecken zu unterwerfen. Während die Nationalsozialisten ihre Sprachlenkungsmaßnahmen aufgrund von Erfahrungswerten aus der Massenpsychologie Le Bons und der kommerziellen Werbung ableiteten, verfügten die SED-Machthaber bei ihrer sprachlichen Gleichschaltungspolitik über ein theoretisches Konzept.

Bereits Marx hatte auf die hohe Bedeutung der Sprache für das politische Bewußtsein hingewiesen. Für *Marx* und *Engels* ist die Sprache das praktische, auch für andere Menschen existierende wirkliche Bewußtsein⁵. Institutionen und Bewußtsein bilden den Überbau, der eine Funktion der Basis, der materiellen Produktionsverhältnisse ist. Diese theoretische Feststellung wurde dann ein Problem, als der Marxismus in der Sowjetunion die Macht übernahm und die revolutionär veränderten Produktionsbedingungen die Frage nach der Rolle

der Sprache in einer sozialistischen Gesellschaft neu stellten. Auf dem Höhepunkt seiner Macht – in den dreißiger Jahren – griff *Stalin*⁶ in den Streit über die Rolle der Sprache ein. Er wies die Ansicht des sowjetischen Sprachwissenschaftlers Marr zurück, auch die Sprache müsse einer revolutionären Veränderung unterworfen werden, und stellte fest, daß nach den revolutionär veränderten Bedingungen nicht mehr der Basis, sondern dem Überbau, genauer einem Teil des Überbaus, der Partei, die Hauptrolle zukomme. Die vorher proklamierte Hauptrolle der Massenbasis wird abgeschafft, die Revolution von oben an ihre Stelle gesetzt.

Das Neue dieser Feststellung besteht darin, daß nicht länger die radikale Veränderung der Herrschaftsverhältnisse angestrebt wird, sondern ihre Befestigung. Die Utopie schlägt um in Ideologie, sie wird zu einem Konglomerat von Ideen zur Befestigung und zum Ausbau der Macht. Die Sprache ist nicht mehr ein Teil des Überbaus, sondern bekommt eine eigenständige Qualität. Ihre Aufgabe in der Ideologie der SED besteht darin, die Verhaltensweisen der Menschen zu beeinflussen. „Mit ihrer Hilfe (soll) das Verhalten der Menschen in der Produktion, im öffentlichen Leben, ihr moralisches Verhalten so geändert werden, daß damit den Zielen des Aufbaus des Sozialismus maximal gedient wird.“⁷

Die *Nationalsozialisten* hatten derartige theoretische Probleme bei ihrer Sprachlenkung nicht. Ihnen kam es darauf an, Begriffe, die ihrer Politik widersprachen, „auszumerzen“ und jenes Vokabular verbindlich zu machen, das ihre Politik widerspiegelte. Die Gleichschaltung der Organisationen bot die Voraussetzung für wirkungsvolle administrative Sprachregelungen, die vor allem in den täglich über den Fernschreiber an alle Redaktionen übermittelten „Sprachregelungen“ (später „Tagesparolen“) des Reichspressechefs bis in Einzelheiten hinein die politische Sprache des Dritten Reichs regulierten. Ergebnis dieser totalen Sprachlenkung war die „Lingua Tertii Imperii“ (Victor von Klemperer⁸), deren Formelhaftigkeit, emotionale Aufblähung, aktionistische Metaphorik sich auch in der politischen Sprache der DDR wiederfindet, die als „Lingua Quarti Imperii“ (Jürgen Fuchs⁹) bezeichnet werden kann. Die ermüdende Monotonie totalitärer Sprache wird auch hier durch Schematismen, Schwarzweißmalerei und permanente Wiederholungen bewirkt.

Gemeinsam ist die Vorliebe für den Superlativ, sowohl bei positiv bewerteten Adjektiven zur Selbstcharakterisierung wie auch bei negativen Beiwörtern zur Brandmarkung des Gegners. Gemeinsam ist diesem politischen Jargon auch die Vorliebe für den Antagonismus, mit dem Parteinahme für die eigene Sache und ein klares Feindbild bewirkt werden soll. Typisch ist auch für beide der Rückgriff auf militärisches Vokabular, das Aktion und Entschlossenheit signalisieren soll. Gemeinsames Kennzeichen ist weiter der Versuch, mit Wörtern wie allseitig, historisch (DDR) und ewig, heilig (NS-Regime) die universelle

Gemeinsamkeiten	Unterschiede	
NS- und SED-Sprache	NS-Sprache	SED-Sprache
Schematismen	keine Theorie	marx.-leninistische Sprachtheorie
hoher Wertgehalt		
Schwarzweißmalerei		
Wiederholung als Methode	formale und institutionelle	institutionelle
Adjektivitis	Sprachlenkung	Sprachlenkung
Superlativismen		
Antagonismen	pseudoreligiöses	pseudowissenschaftliches
Euphemismen	Vokabular	Vokabular
Militarismen		
Universalismen		

Gültigkeit der eigenen Ideologie zu unterstreichen. Während die Nationalsozialisten aus dem gleichen Grund Anleihen aus der religiösen Sprache machten, unterstreichen die Kommunisten in der DDR diesen Anspruch mit einem pseudowissenschaftlichen Vokabular.

Dennoch gibt es Unterschiede in der Sprachlenkung. Während die NS-Machthaber institutionell (Gleichschaltung der Massenmedien) und formell (Presseanweisungen) sprachregulierend wirkten, fehlt die formelle Sprachregulierung in der DDR. Sie wird mehr als ersetzt durch die sprachregelnde Wirkung der politischen Autoritäten und des SED-Zentralorgans Neues Deutschland sowie der Nachrichtenagentur ADN. Je größer die politische Autorität des Sprechers, desto detaillierter wird die von ihm vorgeprägte Sprachregelung von anderen Massenmedien und den berufsmäßigen Agitatoren übernommen. Dies gilt nicht nur für kommentierende Stellungnahmen, sondern auch für die Begriffe.

Dennoch sagt der formale Erfolg der Sprachlenkung sowohl im Dritten Reich als auch in der DDR nichts aus über eine Veränderung des Sprachbewußtseins der Menschen, die mit der totalitären Sprache täglich konfrontiert werden. Die hohe Qualität eines großen Teils der DDR-Literatur und die Konflikte zwischen den Literaten und der SED signalisieren eher ein durch die vergewaltigte Sprache geschärftes Sprachbewußtsein. Menschen, die sich an die Monotonie und Hohlheit einer totalitären Sprache gewöhnen müssen, entwickeln die Fähigkeit, auf unterschiedlichen Sprachebenen zu sprechen. Das private und vertrauliche Gespräch über Politik in der DDR unterscheidet sich auch sprachlich wohltuend vom offiziellen Jargon. Auf dieser Ebene ist die sprachliche Verständigung von der Teilung Deutschlands unberührt geblieben.

Politische Sprache in der Bundesrepublik

Die Sprache der Politik ist auch in einer parlamentarischen Demokratie der Nachfrage wert. In ihr spiegeln sich die Vorgänge der Politik wider. Der politische Erfolg bei Wahlen setzt voraus, daß sich eine Partei vorher sprachlich überzeugend darstellt, indem sie ihre Politik in ein sprachlich verständliches Vokabular kleidet. Dabei spielen die Schlüsselwörter der Politik eine große Rolle. Begriffe wie Staat und Recht, Freiheit und Unterdrückung sind für politische Kommunikation unentbehrlich, obwohl sie vage und unscharf bleiben müssen, wenn sie möglichst viele ansprechen sollen. Nach dem Zusammenbruch von 1945 entwickelte sich im westlichen Teil Deutschlands zunächst unter alliierter Mithilfe ein politisches Vokabular, das sich vollständig vom nationalsozialistischen Deutsch absetzte und an die Traditionen der politischen Sprache in der Weimarer Republik anknüpfte. Damals war der Sinn der zentralen Begriffe der Politik ziemlich scharf umrissen, jeder verstand nach den Jahren der maßlosen Unterdrückung und kriegerischen Gewalt die Bedeutung von Wörtern wie Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie.

Natürlich wurde auch damals um die Inhalte der Politik zwischen den Parteien gerungen. Aber die Bedeutung der politischen Schlüsselbegriffe war über einen längeren Zeitraum relativ stabil. Alle an der politischen Auseinandersetzung Beteiligten benutzten die gleichen Wörter und verstanden darunter Vergleichbares, wenn auch nicht Identisches. Heute ist dies anders, und das ist auch der Grund für das deutlich angestiegene Interesse an der Sprache der Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Denn seit etwa einem Jahrzehnt erlebt das politische Deutsch einen Prozeß der Veränderung, in dessen Verlauf die Bedeutung zentraler Begriffe zerfloß. Es entbrannte ein Streit um die Bedeutung von Wörtern wie Staat, Demokratie, Gesellschaft, der deshalb nicht nur von sprachlichem, sondern vor allem von politischem Interesse ist, weil sich in ihm der Streit um politische Werte und Zielvorstellungen niederschlägt.

Zunächst verdient festgehalten zu werden: Die politische Sprache der ersten zwei Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland war spröde, sachbezogen und nüchtern, jedoch alles andere als phantasielos. Sie bildete die innenpolitische Harmonisierungsstrategie ab, die die Interessengegensätze versöhnen wollte. *Lastenausgleich*, *Eingliederung der Heimatvertriebenen*, *Soziale Partnerschaft* und vor allem *Soziale Marktwirtschaft* waren die sprachlichen Chiffren dieser Politik. Als außenpolitische Schlüsselbegriffe waren *Wiedervereinigung*, *Verteidigungsgemeinschaft* und *Europäische Integration* so tragfähig und überzeugungsstark, daß die SPD zwei Jahrzehnte lang die Sprache Adenauers auch zur Beschreibung der eigenen Politik zu benutzen gezwungen war. Dies änderte sich 1969 mit dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition in Bonn.

Mit der Kanzlerschaft Willy Brandts, der ebenfalls ein Meister von Politik

durch Wörter war, gewann die SPD auch sprachlich die Oberhand. Es war mehr als ein semantischer Kunstgriff, als die erste Regierung Brandt sich daran machte, das alte und wertneutrale Wort Außenpolitik weitgehend auf den amtlichen Sprachgebrauch zu beschränken und es in der regierungsamtlichen Propaganda durch den emotionalen und nicht steigerungsfähigen Begriff *Friedenspolitik* zu ersetzen. Dieses sprachpsychologische Meisterwerk, das Brandt und seiner Partei 1972 die Bundestagswahl gewinnen half, erhielt ein innenpolitisches Gegenstück im Begriff *Reformpolitik*. Die beiden Vokabeln Friedenspolitik und Reformpolitik brachten Parteiprogramme und Regierungserklärungen auf einen Nenner. Wenn dieser Nenner noch erklärungsbedürftig war, dann wurden mit Wörtern wie *Emanzipation*, *gesellschaftliche Relevanz*, *Unterprivilegierung*, *Umfunktionieren* begriffliche Hilfsprogramme angeboten, deren Herkunft aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich auch höheren intellektuellen Anforderungen Rechnung tragen sollte. Hinzu kam der Erfindungsreichtum des Wirtschaftsministers Karl Schiller, dessen sprachliche Bilder die Probleme der Wirtschaftspolitik angeblich verständlicher machen sollten, in Wirklichkeit aber verharmlosten. Es ist für die von einer Wirtschaftskrise Betroffenen ebenso beruhigend wie nichtssagend, aus dem Mund des verantwortlichen Ministers zu hören, man müsse vor dem *Aufschwung* eben noch eine *Talsoble* durchwandern.

Glanz und Erfolg dieser Politik durch Sprache sind mittlerweile verblaßt. Die politische Wirklichkeit in der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik hat die Euphemismen Friedens- und Reformpolitik und ihre programmatischen Gefolgschaftsvokabeln zu bloßen Propagandaformeln werden lassen und sie als Waffe in der Auseinandersetzung weitgehend unbrauchbar gemacht.

Die Opposition hat ihre Chance genutzt und ist sprachlich wieder aktiv geworden. Während die Bundestagswahl 1972 sprachlich eindeutig von der SPD gewonnen wurde, zog die Union unter der Führung von Helmut Kohl in den Bundestagswahlkampf 1976 mit dem Slogan *Freiheit statt Sozialismus*, dem die Regierungsparteien nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten.

Die amtliche Sprache der Regierung Schmidt ist merkwürdig blaß. Es gibt keine sprachlichen Formeln wie in der Ära Adenauer oder in der Regierungszeit Brandts, die messerscharf die politischen Zielsetzungen konturieren sollen. In der Sprache der Regierung Schmidt spiegelt sich das Dilemma eines Kanzlers wider, der sich zwischen den programmatischen und auch sprachlichen Anforderungen seiner Partei und einer völlig anderen Stimmungslage seiner Wähler durchlavieren muß. Nur so läßt sich erklären, daß er auf eine zumindest sprachlich eindeutige Profilierung seiner Politik verzichten mußte.

Der Vergleich des regierungsamtlichen Sprachgebrauchs in den ersten dreißig Jahren Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß sich das sprachliche Koordinatensystem, mit dem die politische Wirklichkeit beschrieben wird, von der Mach-

barkeit zur Wünschbarkeit verschob. Das die Politik leitende Menschenbild geht heute weniger von dem konkreten Menschen mit seinen Bedürfnissen, Wünschen, Ängsten und Fehlern aus als von einem idealisierten Menschen, dessen Verwirklichung nur die unglücklichen Umstände verzögert haben. Wirklichkeits-sinn geriet in Konflikt mit Wunschorientierung als Richtschnur politischen Handelns. Diese Veränderung der Grundanschauung von Politik führte zu einer Polarisierung der politischen Auseinandersetzung, die sich vor allem auf jene Sprache auswirkte, in der in der Öffentlichkeit über Politik debattiert wird.

Vor allem hier sind die Symptome einer bedeutsamen Änderung der politischen Sprache zu erkennen, die auf das *Eindringen des sozialwissenschaftlichen Jargons* zurückzuführen ist. Dies war die Folge einer Debatte über ein angebliches Theoriedefizit der Politik, wie sie in den sechziger Jahren während der Studentenbewegung geführt wurde. Die inhaltliche Fruchtlosigkeit der Debatte wurde von einer terminologischen Fruchtbarkeit verdeckt: Wörter wie Emanzipation, Betroffensein, Freiraum, Privilegierung, Establishment, Repression, Frustration, Relevanz, Struktur, Manipulation, Eskalation hielten ihren Einzug in die politische Sprache.

Die Unterwanderung der öffentlichen Sprache der Politik durch den sozialwissenschaftlichen Jargon steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zur Rezeption der politischen Sprache durch die Bürger. Das Demoskopische Institut Allensbach und EMNID¹⁰ haben kürzlich die *Anmutungsqualitäten politischer Schlüsselbegriffe*, d. h. ihre Sympathiewerte, untersucht und in erstaunlicher Übereinstimmung eine Rangliste der (alle mit über achtzig Prozent als sympathisch gekennzeichneten) beliebtesten Begriffe der Politik aufgestellt: Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sind die unbestrittenen Spitzenreiter, gefolgt von Wörtern wie Gemeinschaft, Europa, Nächstenliebe, Glück und christlich. Den sympathischen Begriffen stehen die am wenigsten sympathischen Wörter gegenüber, die von dreißig Prozent der Befragten und weniger als „sympathisch“ eingestuft wurden, wobei bei einigen Urteilen das Fremdwort eine Rolle gespielt haben dürfte (vgl. die Tabelle S. 828).

Diese Befunde lassen vermuten, daß die vom sozialwissenschaftlichen Jargon unterwanderte öffentliche Sprache der Politik von den Bürgern weder verstanden noch geschätzt wird. Hier trifft der Jargon auf Widerstand. Der Bürger findet sich offensichtlich nicht damit ab, daß eine Terminologie, in Seminaren zur Diskussion theoretischer Probleme entworfen, zur Beschreibung einer angeblichen Wirklichkeit benutzt werden soll. Wenn Politiker, Publizisten und alle, die sich aktiv an der öffentlichen Debatte über Politik beteiligen, dieses deutliche Signal der Bürger ignorieren, wächst die Gefahr einer *Kommunikationssperre* zwischen der politischen Sprache und ihrer Rezeption durch die Bürger. Die Folge wäre ein Zustand mangelnder Verständigungsfähigkeit, die die parlamentarisch-demokratische Ordnung in ihrer Substanz bedrohte.

Sympathische Schlüsselwörter			Wörter mit geringem Sympathiewert		
Allensbach EMNID			Allensbach EMNID		
Frieden	95 ⁰ / ₀	97 ⁰ / ₀	Doppelstrategie	6 ⁰ / ₀	
Freiheit	93 ⁰ / ₀	97 ⁰ / ₀	Subsidiarität	7 ⁰ / ₀	
Gerechtigkeit		97 ⁰ / ₀	Volksfront		11 ⁰ / ₀
Gemeinschaft		95 ⁰ / ₀	Massenmedien	19 ⁰ / ₀	
Europa		94 ⁰ / ₀	Bürokratie		19 ⁰ / ₀
Natur	92 ⁰ / ₀		Investitionslenkung	23 ⁰ / ₀	
Glück		91 ⁰ / ₀	Antiautoritäre		
Mitgefühl		91 ⁰ / ₀	Erziehung	25 ⁰ / ₀	
Nächstenliebe		90 ⁰ / ₀	Unternehmergewinn	27 ⁰ / ₀	
Sicherheit		89 ⁰ / ₀	Kernkraftwerke	30 ⁰ / ₀	
Recht u. Ordnung	85 ⁰ / ₀				
Umweltschutz	85 ⁰ / ₀				
Fortschritt	86 ⁰ / ₀	84 ⁰ / ₀			
christlich	82 ⁰ / ₀	83 ⁰ / ₀			
Verantwortung	82 ⁰ / ₀				
Solidarität		80 ⁰ / ₀			

ANMERKUNGEN

¹ Aueller Protokoll (Düsseldorf 1964).

² Sprache – Denken – Wirklichkeit (Reinbek 1963).

³ W. Dieckmann, Sprache in der Politik (Heidelberg 1969) 30 ff.

⁴ Ebd. 38 ff.

⁵ Die deutsche Ideologie, in: Frühschriften (Stuttgart 1964).

⁶ Der Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft (Stuttgart 1953).

⁷ G. Klaus, Sprache der Politik (Berlin [Ost] 1971) 79 f.

⁸ Lingua Tertii Imperii. Notizbuch eines Philologen (Berlin 1949).

⁹ Gedächtnisprotokoll (Hamburg 1977).

¹⁰ Unveröffentlichte Umfragen aus den Jahren 1978 und 1979.